

Liechtensteiner Volksblatt



Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Reagan macht Druck

Präsident Reagan hat die Sowjetunion aufgefordert, einen Termin für die Gipfelkonferenz zwischen ihm und Partschew Gorbatschow in den USA zu nennen. Später als im Sommer dieses Jahres komme für die USA wegen der Kongresswahlen im November nicht in Frage. Wenn Gorbatschow nicht in die USA komme, werde er, Reagan im kommenden Jahr nicht in die Sowjetunion reisen. In Genf hatten die beiden Staatlenken jährliche persönliche Treffen vereinbart.

Neue Gefechte in Kolumbien

Im Südwesten Kolumbiens sind am Mittwoch (Ortszeit) 40 Guerilleros von Regierungstruppen getötet worden. In diesem Gebiet ist nach Angaben aus Militärkreisen die linksnationalistische Bewegung 19. April (M-19) in jüngster Zeit wieder aktiver geworden. Am kommenden Sonntag finden in Kolumbien Parlamentswahlen statt.

Französische Geisel getötet

Die schiitische Terrororganisation «Islamischer Heiliger Krieg» hat in Beirut die «Hinrichtung» einer ihrer vier französischen Geiseln mitgeteilt. Beim Ermordeten handelt es sich um den Orientalisten Michel Seurat. Die Politik Frankreichs gegenüber Libanesen, Irakern und Iranern in Frankreich sei der Grund für den Mord.

Keine Umbenennung Bombays

Bombay wird nicht umbenannt. Die indische Regierung hat am Donnerstag die vom Stadtrat Bombays beschlossene Umbenennung der Millionenstadt in «Mumbai» abgelehnt. Bombay sei eine Verballhornung des ursprünglichen Namens Mumbai durch die früheren britischen Kolonialherren, hatte der Stadtrat geltend gemacht.

Duvalier vermutlich nach Südfrankreich

(spk/dpa) Der gestürzte Diktator von Haiti, Jean-Claude Duvalier, wird vermutlich einen neuen vorläufigen Wohnsitz bei Grasse an der Côte d'Azur in Südfrankreich erhalten. Das berichtete die französische Presse am Donnerstag. Die Zwischenlösung ist nötig, da Paris bisher kein Aufnahmeland für Duvalier gefunden hat. Er ist seit dem 7. Februar in einem Hotel in Talloires in Hochsavoyen untergebracht. «Baby Doc» will Frankreich nicht verlassen. Der Besitzer des Hotels hat auf Räumung geklagt. Ein Gericht in Paris verurteilte am Mittwochabend die Entscheidung über eine Klage Duvaliers gegen die französische Regierung wegen Einschränkung seiner individuellen Freiheiten auf den 8. April. Mit der Verlegung des unbequemen Gastes nach Südfrankreich könnte diese Klage ebenso wie die des Hoteliers gegenstandslos werden.

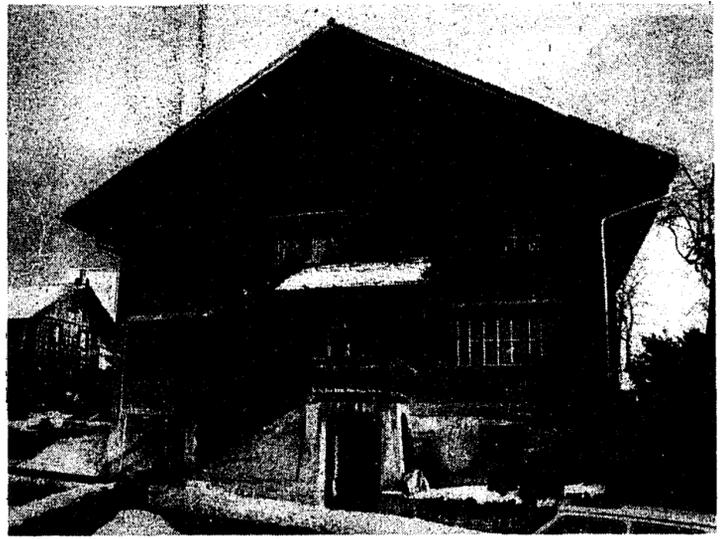
Nicht länger auf UNO verzichten

Bern (AP) Die Schweiz soll bei der Vertretung ihrer Interessen gegen aussen nicht länger auf die UNO verzichten. Diesen Standpunkt vertreten 54 altbotschafter in einer am Donnerstag veröffentlichten Erklärung. Ihre berufliche Erfahrung habe sie gelehrt, dass die klassische bilaterale Diplomatie immer mehr durch die multilaterale Aussenpolitik ergänzt werde. Es sei deshalb nicht sinnvoll, weiterhin freiwillig auf dieses aussenpolitische Werkzeug zu verzichten, schreiben die ehemaligen Diplomaten. Ein Beitritt zur Weltorganisation sei weniger riskant als ein Beharren im Abseits, dass immer weniger verstanden werde.

Planken: Dreischwesternhaus als Mehrzweckgebäude

Zentraler Ort der Begegnung - Abstimmung voraussichtlich noch in diesem Jahr

(ho) - Derzeit laufen in Planken intensive Beratungen was mit dem alten «Dreischwesternhaus» geschehen soll. Die ehemalige Gastwirtschaft, von der Gemeinde im Jahre 1971 käuflich erworben, diente seither mehreren Zwecken, so z. B. der pachtweisen Fortführung der Wirtschaft, Kinderschule, Dorfladen, Wohnung und derzeit sind die Pfadfinder dort notdürftig untergebracht. Dieses vom Dorfbildschutz her betrachtet interessante Gebäude, zählt zu den schönsten Häusern in der Gemeinde Planken. Es ist keine Frage, dass dieses Haus mit den typischen Merkmalen eines Wälderhauses erhalten bleiben muss. Wie Vorsteher Eugen Beck im Rahmen eines VOLKSBLATT-Interviews vom 14. Februar 1986 bekräftigte, sei die Notwendigkeit der Erhaltung unumstritten, allerdings erfordere dies grosse finanzielle Mittel.



Unsere Aufnahme zeigt das alte «Dreischwesternhaus» in Planken, das saniert und einer neuen Zweckbestimmung zugeführt werden soll. Auch ist daran gedacht, die Gemeindeverwaltung dort unterzubringen. Der Vorschlag der Gemeindevertretung im Rahmen einer Umfrage stiess auf breite Zustimmung in der Plankner Bevölkerung. Sobald das Projekt vorliegt, soll noch in diesem Jahr eine Abstimmung stattfinden.

Um die Meinung in der Bevölkerung zu erforschen hat der Gemeindevorsteher zuhundert des Gemeinderates eine Umfrage gestartet, in welcher auch die aus der Sicht von Vorsteher Beck beste Lösung zur Diskussion gestellt worden ist. Mehr als 70 Prozent der eingegangenen Antworten deckten sich mit dem Vorschlag, dass in dem Dreischwesternhaus ein Mehrzweckraum für spezielle Anlässe, wie Versammlungen, Vorträge, Ausstellungen usw. untergebracht werden sollte. Auch die Unterbringung der Gemeindeverwaltung im oberen Stock stiess auf breite Zustimmung. Damit erhält man im Gemeindezentrum mehr Raumkapazitäten für die Schule, Freizeit oder Hobby zur Verfügung gestellt. Das Gemeindezentrum liegt unmittelbar neben der Schule. Dadurch wäre also der ganze Schul- und Weiterbildungsbereich zentral gelagert.

Bedürfnisfrage auf breiter Basis abgestützt

Gemeindegliedern werden, laut Auskunft von Vorsteher Eugen Beck, nunmehr verschiedene Gespräche mit dem Schulrat, den Vereinen und Kommissionen geführt, damit die Bedürfnisfrage möglichst auf breiter Basis abgestützt sei. In der Planung sollen dann Wünsche und Anregungen ihre Berücksichtigung finden. Eugen Beck ist optimistisch, dass noch in diesem Jahr die Planung abgeschlossen wird und man bereits im Herbst das Projekt im Rahmen einer Gemeindeversammlung vorstellen und anschliessend zur Abstimmung bringen kann. Je nach finanzieller Lage müsste man den Umbau und die Sanierung in Etappen durchführen. Vorsteher Beck sieht aber neben der Schaffung der räumlichen Voraussetzungen auch eine Notwendigkeit in bezug auf

die Gestaltungsmöglichkeiten der immer grösser werdenden Freizeit. Freizeitbeschäftigung wird auch in Zukunft immer mehr gefragt sein. Nach Meinung von Eugen Beck müsse man heute schon gezielt auf diesen Tatbestand hinarbeiten. Weiterbildungs- und Hobbykurse dienen nicht nur unserer Jugend, sie sollen nach seinen Worten, die wir nur unterstützen können, auch auf eine sinnvolle und befriedigende Lösung auf unsere Pensionszeit hinarbeiten. So ist es sinnvoll, wenn Weiterbildungs-, Hobby- und Freizeitkurse in Zusammenarbeit mit der Regierung, der Arbeitsstelle für Erwachsenenbildung und den Gemeinden Liechtensteins in vernünftigem Rahmen gefördert werden.

KOMMENTAR

Die Zeiten ändern sich - und offenbar auch die Menschen. Als im Zusammenhang mit dem Besuch des Heiligen Vaters beim Sportpark Eschen-Mauren eine Schneise in den Windschutzstreifen geschlagen werden musste, da ging von einigen besorgten Mitbürgerinnen und Mitbürgern ein Aufschrei durch das Land. Besonnener bemühen sich um weniger dramatische Worte als mit der Übersteigerung «Hinrichtung eines Baumes» ausgedrückt wurde, doch Diskussionen ob der Rodung und das Abwägen zwischen Rodung und Papsbesuch gab es allemal. Wer dieser Tage an den Ort des historischen Geschehens zurückkehrt, der kann unschwer feststellen, dass dort Hand an Bäume gelegt wird, die vorher offenbar als unantastbar galten. Nicht nur ein einziger dieser Bäume liegt am Boden, sondern gleich reihenweise werden sie umgemäht, aufgestapelt und zur Nutzung abtransportiert.

Wo sind sie geblieben?

Die gründliche Beseitigung hat ihren Grund offensichtlich in der Tatsache, dass die Gemeinde Eschen ihre landwirtschaftliche Zone in Industriegebiet umgewandelt hat, um zwei Firmen einen Neubau zu ermöglichen. Wo sind sie geblieben? Jene, die bei der Rodung eines einzelnen Baumes von «Hinrichtung» sprachen, oder jene, die zugunsten der Erhaltung des Baumes auf den Besuch des Heiligen Vaters verzichtet hätten? Und wo sind jene, die von der Erhaltung einer intakten Landschaft reden, die einem weiteren Zurückdrängen des landwirtschaftlichen Bodens den Kampf (verbal?) angesagt haben? Die Zeiten ändern sich offensichtlich schnell - und auch die Menschen. (G. M.)

Kanzler Kohl zuversichtlich für die Bundestagswahlen

Wesentliche Neuorientierung der deutschen Politik

(spk/dpa) Der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl hat am Donnerstag vor der Presse unterstrichen, dass die von ihm geführte Bundesregierung nach der Wahl vor drei Jahren am 6. März 1983 «eine sehr wesentliche Neuorientierung deutscher Politik eingeleitet» habe. Kohl bezog dies sowohl auf die Aussen- und Sicherheitspolitik, wo Bonn dem Ost-West-Dialog wichtige Impulse gegeben habe, als auch auf die verschiedenen Bereiche der Innenpolitik.

Strategie der von ihm geführten Partei zu ändern. Auf Fragen betonte er, «der Kurs unserer Politik stimmt». Entscheidende Veränderungen des «Grossklimas» im Wirtschaftlichen und Sozialen zeigten dies. Diese Bundesregierung habe bis zum Ende der Legislaturperiode eine «grosartige Bilanz» vorzulegen, sagte Kohl. Es brauche seine Zeit, bis dies auch beim Bürger durchschlage. Er habe nicht den

geringsten Zweifel, «dass wir ein grossartiges Wahlergebnis haben werden». Angesprochen auf das gegen ihn eingeleitete Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Koblenz wegen des Vorwurfs der unethischen Falschaussage im Zusammenhang mit der Parteispendenaffäre wiederholte der Kanzler, er sehe den Ermittlungen «mit grosser Ruhe» entgegen. Er habe aber nicht die Absicht, sich zum laufenden Verfahren zu äussern.

In einem schriftlich verbreiteten Text gab Kohl zu, dass bei der erforderlichen Neuorientierung der europäischen Agrarpolitik «ein sehr schwerer und langwieriger Weg» noch bevorstehe. Eine «Politik drastischer Preissenkungen» zur Verringerung der landwirtschaftlichen Überschussproduktion werde abgelehnt, versicherte der Kanzler. Die Markt- und Preispolitik müsse die wesentliche Grundlage für die Sicherung der bäuerlichen Einkommen bilden.

le Wochenzeitung «Al Schaab» hingegen von mindestens 150 Todesopfern gesprochen. Aus Kreisen westlicher Diplomaten verlautete, Informanten bei den ägyptischen Sicherheitskräften hätten ihnen mitgeteilt, in einigen Fällen seien Offiziere, die die Meuterei aufhalten wollten, von ihren Untergebenen niedergemacht worden.

Der neue ägyptische Innenminister Sakki Badr teilte «Al Achram» mit, Mitte März würden 21.644 Rekruten der Bereitschaftspolizei ausgemustert. In diesem Zusammenhang sagte Badr, die Behörden erstellten derzeit eine Liste «unfähiger Elemente, darunter geistig Zurückgebliebene, Behinderte, Kranke und solche, die aggressive Neigungen» hätten. Über 8000 nach den Unruhen untergetauchte Rekruten befänden sich immer noch auf der Flucht, sagte der Minister weiter. Es sei jedoch nicht klar, wie viele von ihnen sich an der Meuterei beteiligt hätten oder einfach nur beim Anrücken der Streitkräfte desertiert seien.

Günstige wirtschaftliche Entwicklung

In seiner Bilanz hob der Kanzler insbesondere die günstige wirtschaftliche Entwicklung hervor, die mit einer Preissteigerungsrate von nur 0,7 Prozent im Februar eine neue Rekordmarke erreicht habe. Die umfassende Umkehr des Trends sei vor allem durch neue Rahmenbedingungen zur Gesundung der Staatsfinanzen, des Abbaus der Steuerbelastung und für mehr Beweglichkeit auf dem Arbeitsmarkt erreicht worden.

Trotz CDU-Verluste kein Grund zum Kurswechsel

Trotz der CDU-Stimmenverluste bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und an der Saar sowie bei der Gemeindevahl in Schleswig-Holstein sieht Kohl keinen Grund, den Kurs und die

21 000 Polizisten entlassen

Ägyptische Regierung spricht erstmals von über 100 Toten bei den Unruhen der vergangenen Woche

Kairo (AP) Nach den blutigen Unruhen der vergangenen Woche will die ägyptische Regierung die kasernierte Bereitschaftspolizei des Landes offenbar jetzt von unzuverlässigen Elementen säubern. Die Regierung in Kairo teilte am Donnerstag mit, mehr als 21 000 Mitglieder dieser Truppe würden in Kürze entlassen. Eine Meuterei von rund 17 000 Rekruten der Polizeitruppe hatte die Unruhen in dem Kairoer Vorort Giseh und mehreren anderen Städten Ägyptens ausgelöst.

Der neue ägyptische Innenminister Sakki Badr teilte «Al Achram» mit, Mitte März würden 21.644 Rekruten der Bereitschaftspolizei ausgemustert. In diesem Zusammenhang sagte Badr, die Behörden erstellten derzeit eine Liste «unfähiger Elemente, darunter geistig Zurückgebliebene, Behinderte, Kranke und solche, die aggressive Neigungen» hätten. Über 8000 nach den Unruhen untergetauchte Rekruten befänden sich immer noch auf der Flucht, sagte der Minister weiter. Es sei jedoch nicht klar, wie viele von ihnen sich an der Meuterei beteiligt hätten oder einfach nur beim Anrücken der Streitkräfte desertiert seien.

Vaduzer Gemeindeboden

Referendum läuft bis 19. März 1986

Im November vergangenen Jahres hat sich der Vaduzer Gemeinderat mit der Schaffung eines neuen Reglementes für die Benützung des landwirtschaftlichen Gemeindebodens befasst. Auf der Grundlage der Beratungen an zwei Sitzungen hat eine Überarbeitung des Reglementsentwurfes stattgefunden. Nach Vornahme einiger Änderungen redaktioneller Natur genehmigt der Gemeinderat das vorliegende Verpachtungsstatut. Dieser Beschluss unterliegt dem Referendum vom 6. bis zum 19. März 1986. Das Reglement kann bei der Vaduzer Gemeindekanzlei eingesehen werden. Bei dieser Gelegenheit wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, ein Liegenschaftskataster zu erstellen und einen Musterpachtvertrag zu schaffen.



FBP Triesenberg Delegiertenversammlung

Die FBP-Ortsgruppe Triesenberg lädt zur Delegiertenversammlung ein, welche heute Freitag, den 7. März um 20.15 Uhr im Gasthof «Edelweiss» stattfinden wird. Bei dieser Versammlung wollen wir die Ergebnisse der Landtagswahlen näher untersuchen und über das weitere Vorgehen (Opposition oder Koalition) diskutieren. Auf zahlreichen Besuch freut sich die Ortsgruppe Triesenberg.